

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 29. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Februar 2026)

zum Thema:

Das Verschwinden vietnamesischer Auszubildender

und **Antwort** vom 20. Februar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Februar 2026)

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25 129
vom 29. Januar 2026
über Das Verschwinden vietnamesischer Auszubildender

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Über private, in Vietnam ansässige Agenturen angeworbene, von diesen mit einem Ausbildungsvisum, einem Arbeitsvertrag und einem B-1-Sprachzertifikat ausgestattete, in der Mehrzahl weibliche¹ Vietnamesen kommen vermehrt nach Berlin, um eine Berufsausbildung an einer Berufsfachschule zu beginnen.

Die Sprachkenntnisse entsprechen nur bei etwa 10 % der Vietnamesen dem Zertifikat². Viele der Auszubildenden können dem Unterricht nicht folgen, die Ausbildung wird nach kurzer Zeit abgebrochen und die Auszubildenden sind nicht mehr auffindbar.

Die Agenturen („Migrationsagenturen“) verlangen von ihren Kunden (Auszubildenden) umgerechnet bis zu 30.000 Euro³. Die Kunden verschulden sich somit auf einen sehr langen Zeitraum.

¹ <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-21597.pdf>, Anhang.

² Angabe von Jürgen Dietrich, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 22: „Was passiert bei Ausbildungsabbruch? – Zum einen ist ja an einen gültigen Ausbildungsvertrag der Aufenthalt gekoppelt. Von daher versuchen sie natürlich, zwei Wege zu gehen: Entweder sie werden in einen neuen Betrieb vermittelt – das ist die eine Geschichte, wobei ich da auch sagen muss: Wir haben Kenntnisse darüber, dass da die Vermittlungsagenturen auch noch mal eine Art Betriebswechselgebühr, so muss ich es mal laienhaft nennen, erheben –, oder sie tauchen wirklich unter, und wir wissen nicht, was aus denen dann geworden ist“.

³ <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 6.

Die *tagesschau* berichtete: „Obwohl das Problem gerade bei vietnamesischen Azubis bekannt ist, gibt es keine systematische Datenerhebung. Ausbildungsabbrüche werden an Berliner Schulen nicht nach Herkunft erfasst. Das tatsächliche Ausmaß ist daher schwer zu beziffern“⁴.

Die B-Z- berichtete: „Der Verdacht: Sie müssen ihre Vermittlerkosten von bis zu 20.000 Euro schwarz in Küchen, Nagelstudios und Bordellen abarbeiten“⁵.

Der Senat von Berlin berichtet: „In diesem Zusammenhang konnte festgestellt werden, dass eine sehr geringe, fast gegen null tendierende Aussagebereitschaft gegenüber den Strafverfolgungsbehörden besteht und zudem eine Ausbeutung von der Mehrzahl der befragten Personen vehement bestritten wird ... Hinweise zu gehäuften Problemlagen von Auszubildenden mit fehlenden Sprachkenntnissen ... Hinweise auf konkrete Agenturen liegen nicht vor“⁶.

In einer Ausschusssitzung zu diesem Thema wurde berichtet: „Weiterhin gab es eine Frage in Bezug auf die schwangeren jungen Frauen und Auszubildenden, dass sie als Auszubildende hierherkommen, und dann werden sie schwanger und so weiter ... Die Gruppen kommen aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland. Man kann schwer sagen, zuerst sind sie Auszubildende, und dann werden sie schwanger und so weiter. Es ist nur eine Beobachtung von mir, dass der Weg, durch Vaterschaftsanerkennung eine sichere Aufenthaltserlaubnis hier in Deutschland zu bekommen, viel leichter ist im Vergleich zu dem Weg, als Auszubildende hier die Ausbildung fertigzumachen“⁷.

Während der Sitzung hieß es weiter: „Ein Punkt, den ich sehr gerne noch ansprechen möchte, ist: Diese Azubi-Möglichkeit, die Möglichkeit, hier zu lernen, ist eine neue Einwanderungsmöglichkeit für junge Vietnamesen. Das bedeutet, wir sagen, das sind Luxusflüchtlinge. Die bezahlen in Vietnam einen Haufen Geld, steigen ins Flugzeug und fliegen hierher. Wer sehr gut lernen möchte, der schafft das. Wer nicht, versucht anders, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Das bekommen wir jeden Tag zu bearbeiten. Detailliert will ich nicht weiterreden“⁸.

Und weiterhin: „Nur wenige haben tatsächlich das Ziel, hier eine Fachkraft in einem Beruf zu werden, einen Beruf zu lernen, und da ist die Motivation zum Lernen natürlich recht gering. Es wird in Vietnam ein Gesamtpaket geschnürt, das den Deutschunterricht in Vietnam, die Betreuung in Vietnam, das Abschließen von Verträgen mit Ausbildungsbetrieben, mit Unterkunft und so weiter beinhaltet. Den Preis für dieses Gesamtpaket habe ich vorhin genannt: zwischen 8 000 und 30 000 Euro ... Für mich persönlich finde ich es schwierig, dass sämtliche Antragswege und Anträge in Vietnam aus der Botschaft ausgelagert sind. Die ganzen Dienstleister, die da rumspringen und Aufgaben der Botschaft übernehmen, sind Vietnamesen. Die Korruption in Vietnam ist sehr hoch, sodass jeder gekauft werden kann. Selbst uns – wir sind ja auch ein zertifizierter Träger für Deutsch – wurde schon Geld angeboten, damit wir unser Zertifikat und auch unser Prüfungszertifikat für solche Dinge zur Verfügung stellen, und es gibt bestimmt genügend, die sich darauf einlassen. Wie gesagt, es ist ganz wichtig, dass man noch mal ganz genau hinschaut: Was passiert hier? – Es

⁴ Teure Vermittlungsagenturen: Wie Azubis aus Vietnam ausgebeutet werden, tagesschau, 11.11.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html>

⁵ Skrupellose Vietnam-Mafia: Macheten-Attacken, Menschenhandel und Zwangsprostitution, B-Z-, 15.01.2026, <https://www.bz-berlin.de/berlin/vietnam-mafia-berlin>

⁶ <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-21597.pdf>, S. 3.

⁷ Zitat Chi Vu, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 17.

⁸ Zitat Son Thach Nguyen, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 20 f.

sind Verträge zwischen zwei Regierungen, und ich denke, dass man auch auf der Ebene die Sachen besser kontrollieren muss“⁹.

Nur scheinbar an einer Ausbildung interessierte Vietnamesen, betrügerische Agenturen und unaufmerksame Berliner Stellen begünstigen ein Geschäftsmodell („Menschenhandel, Schlepperei, Ausbeutung von Arbeitskraft, Zwangsarbeit, Schleuserwege“), das nicht zur Fachkräftegewinnung beiträgt, aber den Berliner Steuerzahler viel Geld kostet: Zusätzliche, über die gesamte Ausbildungszeit laufende Sprachkurse als Ausgleich, eine „vietnamesische Rechtsberatung“¹⁰ (finanziert über den Schulhaushalt) und „Prüfungsvorbereitung speziell für vietnamesische Schülerinnen und Schüler“. Zuletzt wird – in Umkehrung der Verhältnisse – sogar noch „Rassismus und damit verbundene Diskriminierung“¹¹ ins Spiel gebracht: „Ich finde es super, dass es jetzt dieses Projekt gibt, die Meldestelle für antiasiatischen Rassismus“¹².

1. Was ist dem Senat inzwischen über die privaten vietnamesischen Vermittlungsagenturen („unseriöse Anwerbepraktiken“¹³ „zweilichtige Agenturen“¹⁴) bekannt geworden? Für wie wichtig hält der Senat eine Registrierungspflicht für die Agenturen? Inwieweit stimmt der Senat Frau Dr. Babette Rohner vom Verein *Ban Ying e. V. – Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel* zu, dass „die Vermittlungsagenturen besser kontrolliert werden“ müssen? Wie viele und welche dieser Agenturen zählt der Senat zur organisierten Kriminalität?

2. Wie schätzt der Senat die Forderung des Hotel- und Gastronomieverbandes Berlin e.V. ein, eine Qualitätskontrolle der privaten Vermittlungsagenturen¹⁵ einzuführen?

3. Wie schätzt der Senat die Forderung des Hauptgeschäftsführers der DEHOGA Berlin, Gerrit Buchhorn, ein, eine seriöse Anbieter-Liste und ein Kontroll-System einzuführen?

Zu 1., 2. und 3.: Zu allen tätigen privaten Vermittlungsagenturen liegen dem Senat keine näheren Erkenntnisse vor. Eine unmittelbare Aufsichtspflicht des Landes gegenüber privatwirtschaftlichen Vermittlungsagenturen besteht nicht. Die Einführung eines Zertifikats beziehungsweise das Führen einer Liste seriöser Anbieter erscheint auf Bundes- oder Branchenebene grundsätzlich sinnvoll. Die Arbeits- und Sozialminister Konferenz 2025 (ASMK 2025) hat mit dem Antrag 6.27 die Bundesregierung aufgefordert, ein bundesweites Gütesiegel für private Vermittlungsagenturen, die im Rahmen der Fachkräfteeinwanderung rekrutieren, einzuführen. Darüber hinaus soll der Bund prüfen, ob und wie gegebenenfalls die rechtlichen Regelungen für Vermittlungsagenturen und den Prozess der Anwerbung verändert und erweitert werden könnten, um Ausbeutung zu verhindern und die Transparenz in der Vermittlungsbranche zu erhöhen. Dabei ist insbesondere ein Register

⁹ Zitat Tamara Hentschel, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 21 f.

¹⁰ <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 5.

¹¹ Zitat Chi Vu, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 10.

¹² Zitat Elif Eralp, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 14.

¹³ Zitat Cansel Kiziltepe, <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IntGleich/protokoll/ifgva19-034-wp.pdf>, S. 3.

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html>

¹⁵ Verdacht auf Menschenhandel: Vietnamesische Azubis verschwinden aus Berliner Berufsschulen, rbb24, 01.10.2025, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/vietnam-azubis-berlin-sprachzertifikate.html>

oder eine Lizenzierung für Vermittlungsagenturen und selbst anwerbende Unternehmen zu prüfen. Darüber hinaus liegt die Initiative hierfür bei den betroffenen Branchen selbst.

4. Wie schätzt der Senat die Forderung des Geschäftsführers der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten – Landesbezirk Ost, Sebastian Riesner, ein, die Vermittlung von Auszubildenden aus dem Ausland ausschließlich der Bundesagentur für Arbeit zu übertragen?

Zu 4.: Für die Erteilung eines Visums zur Aufnahme einer Berufsausbildung ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit notwendig. Diese prüft sowohl die Vergleichbarkeit der Beschäftigungsbedingungen, als auch das Vorliegen der Ausbildungsberechtigung des Ausbildungsbetriebes. Die Übertragung von weiteren Aufgaben im Zusammenhang mit der Vermittlung von Auszubildenden aus dem Ausland Bundesagentur für Arbeit obliegt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

5. „Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie nimmt die Probleme nach eigenen Angaben ernst. Seit 2022 unterstützt sie unter anderem das Oberstufenzentrum Gastgewerbe organisatorisch und finanziell, um den Azubis kostenfreie Berufssprachkurse zu ermöglichen, die sie in der Ausbildung halten. Grundlage ist ein Sprachtest zu Schuljahresbeginn, um "Abweichungen zwischen vorgelegten Zertifikaten und tatsächlichen Sprachkenntnissen zu erkennen" und gezielt fördern zu können.“¹⁶

Welche jährlichen Kosten müssen die Senatsverwaltung und das Oberstufenzentrum aufwenden, um den Betrug hinsichtlich unrechtmäßig erworbener B-1-Sprachzertifikate auszugleichen?

Zu 5.: Die Finanzierung der Berufssprachkurse erfolgt über das Bundesamt für Migration und Flüchtling (BAMF), das für die Auskünfte zur Finanzierung der Kurse zuständig ist. Die Kosten für die Arbeit der Lehrkräfte und des Weiteren pädagogischen Personals im Oberstufenzentrum sowie die Koordination der Berufssprachkurse vom Bund (BAMF) werden im Rahmen der Regelfinanzierung des Landes Berlin getragen.

6. „Wie Azubis aus Vietnam ausgebeutet werden.“¹⁷

Inwieweit sieht der Senat den Berliner Steuerzahler in diesem Zusammenhang durch betrügerische Praktiken ausgebeutet?

Zu 6.: Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

7. „In Berlin soll nun eine verwaltungsübergreifende Task Force eingerichtet werden. Ziel sei es, sicherzustellen, dass ausländische Interessentinnen und Interessenten unter fairen und transparenten Bedingungen angeworben und ausgebildet werden.“¹⁸

Wie genau wird die Task Force aufgebaut sein? Hat die Task Force ihre Arbeit bereits aufgenommen?

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/inland/azubis-vietnam-berlin-100.html>

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

Zu 7.: Die Task Force ist ressortübergreifend aufgebaut und hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Anlassbezogen wird die Expertise von externen Akteuren einbezogen.

8. Bei wie vielen zum Zweck einer Ausbildung in Berlin eingereisten Vietnamesen, die ihre diesbezügliche Einrichtung im Jahr 2025 dauerhaft verlassen hatten, konnte ihr weiterer Verbleib festgestellt werden?

Zu 8.: Eine statistische Erfassung bzw. Erhebung von Daten im Sinne der Fragestellung bei der Polizei Berlin erfolgt nicht.

Berlin, den 20. Februar 2026

In Vertretung

Micha K l a p p

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung